

**Sechste Verordnung
zur Änderung der Gebührenordnung für die Ortsgerichte im Lande Hessen*)**

Vom 3. März 2012

Aufgrund des § 20 Abs. 1 Satz 1 des Ortsgerichtsgesetzes in der Fassung vom 2. April 1980 (GVBl. I S. 114), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. März 2010 (GVBl. I S. 114), verordnet der Minister der Justiz, für Integration und Europa im Einvernehmen mit dem Minister der Finanzen:

Artikel 1

Die Gebührenordnung für die Ortsgerichte im Lande Hessen vom 17. Oktober 1980 (GVBl. I S. 406), zuletzt geändert durch Verordnung vom 15. Oktober 2007 (GVBl. I S. 708), wird wie folgt geändert:

1. § 5 Satz 2 wird aufgehoben.
2. Die Anlage wird wie folgt gefasst:

„Anlage

Gebührenverzeichnis

Nr.	Gegenstand	Gebühr Euro
1	Beglaubigung einer Unterschrift nach § 13 Abs. 1 des Ortsgerichtsgesetzes	6,00
	Wird das Dienstgeschäft auf Verlangen außerhalb der Geschäftsräume des Ortsgerichts vorgenommen, erhöht sich die Gebühr um	4,00
2	Beglaubigung der Abschrift einer Urkunde nach § 13 Abs. 2 des Ortsgerichtsgesetzes	
	bis zu 3 Seiten	3,00
	jede weitere angefangene Seite	0,50
	Stellt das Ortsgericht die Abschriften her, sind ferner Schreibgebühren nach Nr. 3 zu erheben.	
3	Schreibgebühren für Ausfertigungen und Abschriften, die auf Antrag erteilt oder ausgefertigt werden – unabhängig von der Art der Herstellung –, je Seite	1,00
4	Erteilung der Sterbefallanzeige nach § 14 des Ortsgerichtsgesetzes	6,00
5	Vorlegung von Urkunden, öffentlichen Büchern oder Registern zur Einsicht	1,50
6	Erteilung einer Auskunft über die Besitzverhältnisse oder die persönlichen Verhältnisse oder gutachtliche Stellungnahme nach § 15 Nr. 1 oder 2 des Ortsgerichtsgesetzes	3,00
	Bei besonderer Schwierigkeit oder besonderem Zeitaufwand kann die Gebühr erhöht werden bis auf	15,00
7	Aufstellung eines Vermögensverzeichnisses oder eines Nachlassinventars nach § 15 Nr. 3 des Ortsgerichtsgesetzes nach dem zusammengerechneten Wert der verzeichneten Gegenstände	50 % der Gebühr nach Nr. 9
8	Ersuchen nach § 15 des Ortsgerichtsgesetzes, für die in Nr. 6 und 7 keine Gebühr festgesetzt ist	50 % der Gebühr nach Nr. 11
9	Sicherung des Nachlasses durch Siegelung, Verwahrung oder auf andere Weise nach § 16 des Ortsgerichtsgesetzes bei einem Wert	
9.1	bis zu 25 000 Euro	36,00
9.2	bis zu 50 000 Euro	48,00

*) Ändert FFN 28-4

9.3	über 50 000 Euro erhöht sich die Gebühr je angefangene 10 000 Euro um Der Wert bestimmt sich nach der Summe der Werte der versiegelten, verwahrten oder in anderer Weise gesicherten Gegenstände.	5,00
10	Abnahme der Siegel nach § 16 Abs. 4 Satz 2 des Ortsgerichtsgesetzes	50 % der Gebühr nach Nr. 9
11	Mitwirkung bei der Festsetzung und Erhaltung von Grundstücksgrenzen nach § 17 des Ortsgerichtsgesetzes; bei einer Tätigkeit	
11.1	bis zu einer Stunde (einschließlich Hin- und Rückweg)	9,50
11.2	jede weitere angefangene Stunde	7,00
11.3	an einem Tag zusammen höchstens Sind verschiedene Geschäfte an einem Tag verrichtet worden, so wird der Zeitaufwand zusammengerechnet und die Gebühr bei verschiedenen Schuldnern auf diese nach dem Verhältnis der auf die einzelnen Geschäfte verwandten Zeit verteilt.	43,00
12	Schätzungen nach § 18 des Ortsgerichtsgesetzes bei einem Wert	
12.1	bis zu 10 000 Euro	36,00
12.2	bis zu 25 000 Euro	48,00
12.3	bis zu 50 000 Euro	72,00
12.4	über 50 000 Euro erhöht sich die Gebühr je angefangene 10 000 Euro um Bezieht sich die Schätzung auf mehrere Sachen, Rechte oder Schäden, so ist die Gebühr nach der Summe der einzelnen Schätzungswerte zu berechnen. Für Schätzungen (Gutachten), die zu Beweiszwecken für Gerichte im Rahmen eines gerichtlichen Verfahrens, einschließlich der Wertermittlung nach § 19 der Kostenordnung in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 361-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. Juli 2011 (BGBl. I S. 1338), oder für Staatsanwaltschaften im Zusammenhang mit einem Ermittlungsverfahren erstattet werden, gelten die Vorschriften des Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetzes vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718, 776), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. Juli 2009 (BGBl. I S. 2449).	6,00

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 1. Mai 2012 in Kraft.

Wiesbaden, den 3. März 2012

Der Hessische Minister der Justiz,
für Integration und Europa

Hahn